




## Post 2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung

Post 2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung  
Bundesminister Altmaier betont Bedeutung ambitionierter globaler Nachhaltigkeitsziele für Deutschland  
Im September 2015 sollen auf Ebene der Vereinten Nationen erstmals globale Ziele für nachhaltige Entwicklung verabschiedet werden. Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung unterstrich in seiner Sitzung vom 29. September 2014, dass sich Deutschland seiner Verantwortung auf internationaler Ebene stellt. Um die Ziele auf nationaler Ebene umzusetzen, soll die nationale Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt werden.  
Anlass der Befassung der Staatssekretäre mit dem Post 2015-Prozess war der erfolgreiche Abschluss der Arbeiten der Offenen Arbeitsgruppe für Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Im Juli verabschiedete diese UN-Arbeitsgruppe einen Vorschlag für die Ziele der zukünftigen Post 2015-Agenda. Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung begrüßte diesen Vorschlag als wichtige Grundlage für die weiteren Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen.  
Der Chef des Bundeskanzleramtes Peter Altmaier betonte, die Agenda müsse umfassend gestaltet werden, um den notwendigen Wandel in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. "Die Post 2015-Agenda geht alle an - auch die Industrieländer. Deutschland orientiert sich national wie international am Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung. Wir werden uns daher weiter dafür einsetzen, dass im Herbst 2015 eine ambitionierte Post 2015-Agenda beschlossen wird." Die Post 2015-Agenda werde auch ein Schwerpunktthema der deutschen G7-Präsidentschaft sein.  
Der Staatssekretärsausschuss hob die Bedeutung der europäischen Ebene für die Umsetzung der Post 2015-Agenda hervor und kündigte an, die Bundesregierung werde sich in der Europäischen Union auch weiterhin für die Verankerung von Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern einsetzen, insbesondere für die Überprüfung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie.  
Die Umsetzung der Post 2015-Agenda in Deutschland wird gemeinsame Anstrengungen in allen Politikfeldern erfordern. Wesentlicher Rahmen hierfür ist die nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Die Staatssekretäre hielten fest, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie bis zum nächsten Fortschrittsbericht im Jahr 2016 unter Einbeziehung der internationalen Zielvereinbarungen der Post 2015-Agenda weiterzuentwickeln.  
In der Ausschusssitzung diskutierte auf Einladung von Bundesminister Altmaier Herr Csaba Korösi mit den Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung über den erreichten Stand und weitere notwendige Schritte. Herr Korösi, ständiger Vertreter der Republik Ungarn bei den Vereinten Nationen, hat als Ko-Vorsitzender der Offenen Arbeitsgruppe maßgeblich zum Durchbruch bei den New Yorker Verhandlungen beigetragen.  
Hintergrund  
Der Staatssekretärsausschuss ist Steuerungsorgan der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Alle Ressorts sind im Ausschuss auf der Ebene der beamteten Staatssekretäre vertreten (Informationen hierzu unter [www.nationale-nachhaltigkeitsstrategie.de](http://www.nationale-nachhaltigkeitsstrategie.de)).  
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  
Dorotheenstr. 84  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 18 272-0  
Telefax: 030 18 10 272-0  
Mail: [internetpost@bundesregierung.de](mailto:internetpost@bundesregierung.de)  
URL: <http://www.bundesregierung.de/>  [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pnr\\_=576585](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=576585) width="1" height="1">

### Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[internetpost@bundesregierung.de](mailto:internetpost@bundesregierung.de)

### Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[internetpost@bundesregierung.de](mailto:internetpost@bundesregierung.de)

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".